

Aaron Maté zum US-Engagement in Venezuela und der Ukraine und die Widersprüche von „America First“

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Michael Tracey (MT): Unser nächster Gast ist Aaron Maté. Vielen von Ihnen ist er sicher ein Begriff. Mir liegt er auf jeden Fall am Herzen. Wir werden ihn unter anderem zu seinen Eindrücken von meinem Interview mit Fred Fleitz befragen. Lassen Sie uns also zu Aaron kommen. Aaron, wie geht es Ihnen?

Aaron Maté (AM): Hallo Michael. Wie geht es Ihnen?

MT: Haben Sie es sich angehört? Und wenn ja, was halten Sie davon? Was waren Ihre Eindrücke?

AM: Zunächst einmal haben Sie, wie bei all Ihren Interviews, gute Arbeit geleistet. Und ich möchte im Namen der System Update-Gemeinschaft anmerken, dass einige von uns von Kamala Harris inspiriert sind. Eine neue Generation übernimmt die Zügel und ersetzt die fade veraltete alte Generation, und möglicherweise ist es auch bei System Update an der Zeit für einen Regimewechsel, nur so am Rande.

MT: Aaron, ich habe bereits eine Warnung verschickt. Ich habe Glenn bereits förmlich gewarnt, dass es immer mehr Stimmen gibt, die mich auffordern, ihn zu entlassen, so wie Kamala Joe entlassen hat. Er sollte sich also besser in Acht nehmen.

AM: Genau.

MT: Man weiß nie, was passieren könnte.

AM: Ich unterstütze dich vollkommen.

MT: Die Menschen fordern, dass Glenn das Ruder weitergibt.

AM: Ja. Ich schließe mich ihnen an. Meine Eindrücke von dem Interview; zunächst zu

Venezuela. Was ich bei all den Diskussionen über Venezuela oder jedes andere Land, das Ziel eines Regimewechsels durch die USA wurde, grundlegend falsch finde, ist die Frage, wer Donald Trump oder Joe Biden oder Mike Pompeo oder Fred Fleitz gewählt hat, um im Namen des venezolanischen Volkes über die Regierung zu entscheiden, in diesem Fall darüber, wer ihre Regierung leiten soll, und insbesondere über den Versuch, ihre Regierung durch die Zerstörung ihrer Wirtschaft zu ersetzen?! Ich kann mir nichts vorstellen, was autokratischer wäre. Die Beschwerde über Venezuela ist, dass Maduro ein Autokrat ist. Ich meine, zunächst einmal wird dabei ignoriert, dass die USA schon vor Maduro versucht haben, die Regierung Venezuelas zu stürzen, und zwar seit mehr als zwei Jahrzehnten. Wer hat diese Leute in Washington gewählt, um über die Regierung in Venezuela zu entscheiden? Wenn uns das venezolanische Volk am Herzen läge, würden wir uns um unsere eigenen Angelegenheiten kümmern und sie ihr eigenes Land regieren lassen. Aber wie Sie in dem Artikel in der Washington Post erwähnt haben, wusste die Trump-Regierung, dass sie die Wirtschaft Venezuelas bewusst zerstörte, weil sie wollte, dass die Menschen fliehen, weil sie die Regierung zum Zusammenbruch zwingen wollte. John Bolton gab das gegenüber der Washington Post zu. Und dann wettet Trump gegen Einwanderer ohne Papiere, während er für die Schaffung von Millionen von ihnen allein im Falle Venezuelas und überall sonst, wo diese Sanktionen greifen, verantwortlich ist. Die Arroganz, dass wir das Recht haben, die Wirtschaft anderer Menschen zu zerstören, weil ihre Regierungen ungehorsam sind und weil ihre Regierungen sich seit vielen Jahren erfolgreich gegen unsere Bemühungen um einen Regimewechsel gewehrt haben, muss meines Erachtens zunächst angeprangert werden. Und wissen Sie, wenn es uns wirklich um „America First“ ginge, warum konzentrieren wir uns dann nicht auf unser eigenes Land und hören auf zu versuchen, andere Länder zu zerstören? Das ergibt für mich keinen Sinn.

MT: Und die andere Frage, Aaron, betrifft die Logik der Regimewechsler selbst, nicht wahr? Sie erreichen nie ihr gewünschtes Ergebnis, oder nur sehr selten. Selbst wenn man Maduro stürzen wollte, scheint es ziemlich offensichtlich zu sein, dass die Strategie, Venezuela mit diesen massiven Sanktionen gegen den Ölsektor, die Goldreserven und andere Elemente der Wirtschaft zu belasten, ein katastrophaler Fehlschlag im Hinblick auf seinen tatsächlichen Sturz war. Ich sage also nicht, dass sein Sturz etwas ist, das man anstreben sollte, aber wenn diese Taktik, so destabilisierende und lähmende Sanktionen wie möglich zu verhängen, nicht zum gewünschten Ergebnis führt, sollte man meinen, dass man sie vielleicht noch einmal überdenken sollte, aber wie die Serie der Washington Post, die eigentlich sehr gut waren – eine ungewöhnliche oder unerwartete Erscheinung in der Washington Post, aber hey, ich feiere sie – diese Sucht nach Sanktionen, und Sie haben darüber in Bezug auf Syrien und andere Länder berichtet, scheint nur sehr selten eine grundlegende Neubewertung der Wirksamkeit oder des Nutzens dieses politischen Ansatzes auszulösen. So konnte ich Fred Fleitz nicht einmal zu der Erkenntnis bringen, dass die Politik gescheitert ist, denn wie kann man sagen, dass sie nicht gescheitert ist, selbst wenn man sie als gescheitert bezeichnet, während Maduro immer noch an der Macht ist und verkündet, dass er noch mindestens sechs weitere Jahre im Amt sein wird?! Ja, es ist sehr schwierig, diejenigen, die in das Paradigma der nationalen Sicherheit investiert haben, dazu zu bringen, zuzugeben, dass eines der Hauptwerkzeuge in ihrem Arsenal eher zu Misserfolgen als zu „Erfolgen führt“, Zitat Ende.

AM: Zur Verteidigung unserer neokonservativen Freunde möchte ich jedoch sagen, dass sie zumindest einige ihrer Ziele erreicht haben. Eines ihrer Ziele ist es, eine Lektion zu erteilen, wonach man leiden muss, wenn die eigene Regierung sich uns widersetzt, wenn sie sich über die so genannte regelbasierte internationale Ordnung hinwegsetzt. Und das hat Erfolg gehabt. Die Menschen in Kuba, in Syrien, in Venezuela, im Iran haben gelitten. In Nicaragua haben die Menschen nach einem jahrzehntelangen schmutzigen Krieg in den 1980er Jahren schließlich die Sandinisten abgewählt, nachdem man ihnen im Grunde gesagt hatte: Wenn ihr noch einmal für diese Leute stimmt, werdet ihr verhungern. Dort hat es also funktioniert. In einem neuen Buch meiner Kollegin Anya Parampil mit dem Titel Corporate Coup, in dem es um die Bemühungen um einen Regimewechsel in Venezuela geht, weist sie darauf hin, dass es aus Sicht der US-Putschisten und der Trump-Administration und ihrer venezolanischen Verbündeten ein großer Erfolg zu verzeichnen war, und dass sie im Grunde das US-Vermögen des venezolanischen Ölkonzerns Citgo beschlagnahmten, das im Grunde aus Venezuela gestohlen und auf venezolanische Verbündete der USA übertragen wurde. Ziel war es, die Wirtschaft Venezuelas zu schwächen, die Macht des Landes zu schwächen und ihm einen seiner wertvollsten Vermögenswerte zu entziehen. Und zumindest der US-Anteil von Citgo wurde beschlagnahmt, enteignet in einer sehr kubanischen oder sowjetischen Aktion, sollte ich sagen. All diese Leute reden davon, wie sehr sie den freien Markt und den Kapitalismus lieben, dabei sind sie die größten Marktinterventionisten der Welt. Ich meine, genau das sind Sanktionen und Vermögensbeschlagnahmungen. Es ist eine massive staatliche Intervention, was eine Ironie darstellt, die hier nicht diskutiert wird. Sie haben also einige ihrer Ziele erreicht. Wenn schon kein völliger Regimewechsel, so können sie doch zumindest die Lektion erteilen: Wenn ihr euch uns widersetzt – wie Venezuela und viele andere ungehorsame Regierungen – wird euer Volk leiden.

MT: Ja, genau. Aaron, ich möchte Ihnen einen Clip zeigen. Ich habe viele wunderbare Interviews gegeben, wie Sie vielleicht vor einer Woche oder so auf dem Parteitag der Republikaner gesehen haben. Und ich möchte Ihnen einen Ausschnitt aus einem dieser Interviews vorspielen. Das ist mein Interview mit dem Kongressabgeordneten Mike McCaul aus Texas. Er ist der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im Repräsentantenhaus. Lassen Sie uns das abspielen.

Mike McCaul (MM): Ich denke, Präsident Trump ist der richtige Mann. Lasst ihn ruhig die Samthandschuhe ausziehen, gebt ihm alles, was zum Sieg nötig ist.

MT: Entschuldigung. Wir sprechen über die Ukraine. Wenn McCaul sagt, er solle die Samthandschuhe ausziehen, beziehen wir uns auf die Ukraine. Ich hätte das präzisieren sollen. Fahren wir fort.

MM: Jake Sullivan hat die Ukrainer vom ersten Tag an mit Waffensystemen eingeschränkt. Ich musste ATACMS in den Nachtrag schreiben. Und selbst jetzt schränkt er deren Einsatz an den Grenzen ein, wo sich alle Stützpunkte befinden, wo diese Gleitbomben oder Bomber landen. Er hat die Bombe gesehen, die die Kinder im Krankenhaus in Kiew getötet hat. Das ist keine Art, einen Krieg zu führen. Auch deshalb sind die Amerikaner nicht begeistert, wenn sie eine solche Fehlsteuerung sehen. Ich habe es immer so verstanden wie General Jack

Keane: Entweder man setzt auf Sieg, alles auf Sieg, oder man verschwindet von dort. Und Jake Sullivan...

MT: Der nationale Sicherheitsberater, falls die Zuschauer das nicht wissen.

MM: Richtig. Ich denke, er schadet den Ukrainern. Ich habe mich mit Selenskyjs Team getroffen, und sie sagen uns, dass diese Beschränkungen es nicht erlauben - ich denke, das Ziel ist es, die Russen so weit wie möglich zurückzudrängen, einen Waffenstillstand zu erreichen und dann eine Lösung auszuhandeln. Meine Hoffnung ist, dass Präsident Trump dies zulässt und dann einen Waffenstillstand ausruft. Und er ist ein Meister der...

MT: Okay, Aaron, es scheint so, als würde sich unter den selbsternannten America-First-Republikanern der Konsens herausbilden, dass Trump in Bezug auf die Ukraine die Samthandschuhe ausziehen wird; so wird er Putin zu einer Art von Einigung zwingen. Fred Fleitz, den wir gerade interviewt haben, hat dieses Strategiepapier verfasst, das Trump vorgelegt wurde und in dem es unter anderem heißt, die USA sollten die Ukraine weiter bewaffnen, eine bilaterale amerikanisch-ukrainische Militärarchitektur als Bollwerk gegen Russland weiter festigen und die Ukraine grundsätzlich weiter in die NATO einbinden, vielleicht nicht als Vollmitglied, aber in eine internationale Sicherheitsarchitektur. Und McCaul meint, die „America First“-Republikaner seien der Ansicht, dass Trump die Beschränkungen für die Ukraine aufheben wolle, damit der Krieg zu einem Ende komme, indem er eskaliere, um zu deeskalieren. In der Nukleardoktrin gibt es eine sogenannte Abschreckungstheorie, die besagt, dass man die Handschuhe auszieht, um zu deeskalieren, und zwar nicht unbedingt im Bereich der Nuklearpolitik, sondern in jeder Art von Krieg, bei dem es um viel geht, indem man die Samthandschuhe auszieht und so seinen Gegner zur Aufgabe zwingt. Und da Trump nie genau angegeben hat, was er tatsächlich tun würde, um den Krieg innerhalb von 24 Stunden zu beenden, und es Leute in seinem Umfeld gibt, die unter dem Banner von „America First“ eine drastische Eskalation vorschlagen, finde ich das ein bisschen bedrohlich. Wie steht es mit Ihnen?

AM: Ich finde das auch sehr bedrohlich. Einer der größten Betrügereien, die der US-Öffentlichkeit meines Erachtens je aufgetischt wurden, ist die Vorstellung, dass Trump und Biden in Bezug auf die Ukraine eine radikal unterschiedliche Politik verfolgen. Das ist für beide von Vorteil. Biden kann so jede Opposition gegen seine Politik des Stellvertreterkriegs in der Ukraine als Trump-lastig hinstellen, und die Menschen assoziieren dies aufgrund von Russiagate mit einer Beschwichtigung Russlands. Und Trump kann in der Zwischenzeit weiterhin behaupten, er sei ein Feind des tiefen Staates, er sei gegen Interventionen, was eine Botschaft war, die ihm 2016 zum Sieg verhalf. Das Problem ist, dass dies völlig abwegig ist. Trumps Politik hat die russische Invasion begünstigt. Trump behauptet gerne, dass Bidens Schwäche die russische Invasion begünstigt hat. In Wirklichkeit hat Trumps Kriegstreiberei gegenüber Russland die Invasion gefördert. Trump ist aus dem INF-Vertrag ausgestiegen, einem wegweisenden Vertrag aus dem Kalten Krieg, der eine ganze Klasse von wirklich gefährlichen Waffen, die zwischen den USA und Russland

aufeinander gerichtet sind, ausgeschlossen hatte. Trump hat diesen Vertrag gekündigt, und das ist eines der Probleme, die Russland vor dem Einmarsch in die Ukraine zu behandeln versuchte, denn die Ukraine wurde in die militärische Infrastruktur der NATO integriert. Und eine wichtige neue Komponente, die die Gefahr verstärkte, bestand in den entfallenen Beschränkungen für diese wirklich gefährlichen Raketen. Putin versuchte also, dies vor dem Einmarsch zu thematisieren, was die Regierung Biden ablehnte und somit die Politik von Trump fortsetzte. Trump hat auch nichts unternommen, um die Minsker Vereinbarungen voranzubringen, d. h. das 2015 ausgehandelte Friedensabkommen zur Beendigung des Krieges im Donbass, der nach einem von der Biden-Regierung unterstützten Putsch begann.

MT: Lassen Sie mich hier unterbrechen, denn eines der Argumente, und Fred Fleitz wiederholte dies, die man von Trump-Anhängern hört, lautet, dass Russland während Trump zu viel Angst hatte, in die Ukraine einzumarschieren. Russland unternahm jedoch aggressive Maßnahmen unter Bush, dann unter Obama und dann unter Biden. Sie versuchen also, Trump als ein Beispiel hervorzuheben, welches Russland in Angst und Schrecken versetzt und es davon abhält, abenteuerliche militärische Aktionen zu unternehmen. Und sie vernachlässigen, dass Trump und die Ukraine im Wesentlichen den politischen Status quo aufrechterhalten, der zumindest in den Augen Putins schließlich unhaltbar wurde und dann die Invasion auslöste. Was halten Sie von dieser Behauptung? Als sei Putin unter Trump zum Einlenken gezwungen worden, anders als unter Bush und Obama und dann unter Biden.

AM: Man könnte argumentieren, dass Biden nach seinem Amtsantritt sicherlich kriegerischer geworden ist. Biden ermutigte Selenskyj, gegen die Opposition in der Ukraine vorzugehen, die in den Umfragen an zweiter Stelle lag, die zweitstärkste Partei in den Umfragen. Sie stand Russland nahe. Selenskyj verhaftete den Oppositionsführer und nahm den Fernsehsender der Opposition vom Sendebetrieb. Und Biden, der so genannte große Verteidiger der Demokratie, bejubelte diesen Schritt und unterstützte ihn. Und ich glaube, er hat Selenskyj auch ermutigt, den Donbass weiter anzugreifen, anstatt das zu tun, was ich vorhin gesagt habe, nämlich die Minsker Vereinbarungen umzusetzen, also das Friedensabkommen von 2015 zur Beendigung des Krieges im Donbass, der nach dem Putsch begann, der von der Obama-Biden-Regierung 2014 unterstützt wurde und zu dem Trump nichts beigetragen hat. Zur Verteidigung Trumps möchte ich anmerken, dass Trump zwar den aufrichtigen Wunsch hatte, den Konflikt in der Ukraine zu beenden, ihm aber durch die Russiagate-Affäre, bei der er als russischer Agent hingestellt wurde, Handschellen angelegt wurden. Indem die Demokraten ihn einen Agenten Putins nannten, nutzten sie dies im Grunde, um Trump unter Druck zu setzen oder ihm einen Anreiz zu geben, sich Russland gegenüber kriegerischer zu verhalten, vielleicht mehr als er wollte. Denn Trump hat 2016 über seinen Wunsch nach Zusammenarbeit mit Russland gesprochen und darüber, dass er keinen Dritten Weltkrieg um die Ukraine führen wolle. Russiagate wurde also dazu benutzt, die diplomatischen Neigungen von Trump zu unterdrücken. Ich behaupte nicht, dass er sie effektiv hatte, aber in dem Maße, in dem er sie hatte, untergrub Russiagate sie sicherlich. Und dann hatte Trump auch noch ein neokonservatives Kabinett, Mike Pompeo, John Bolton, die ihn alle ermutigten, den Militarismus in der Ukraine zu verstärken. Es wurde also nichts getan, um die Minsker Vereinbarungen voranzubringen. Als Biden sein Amt antrat, ergriff er im Grunde genommen

die Initiative - und nebenbei bemerkt, das einzige Mal, als Trump etwas Konkretes tat, nämlich die Lieferung von Waffen an die Ukraine, wurde er angeklagt. Und das festigte den Konsens, dass wir...

MT: Aber er hat sie nie wirklich ausgesetzt. Ich meine, eine der lustigsten Tatsachen dieser ganzen ersten Anklage-Saga, von der ich das Gefühl habe, dass ich der Einzige bin, der sie kennt, aber vielleicht kennen auch Sie sie, Aaron, denn Sie sind ein bisschen eigentümlich, genau wie ich, ist, dass es eigentlich nie eine Waffenlieferung gab, die nicht entsandt wurde, richtig? Es gab nie eine Waffenlieferung, die planmäßig an die Ukraine geliefert werden sollte, und die nicht ausgeführt wurde, richtig? Und dennoch wurde Trump aufgrund dieser unbedeutenden, oberflächlichen Verzögerung angeklagt, die eigentlich gar nichts bedeutete, was ein ziemlich gutes Symbol für die Oberflächlichkeit ist, mit der Trump von den Demokraten angegriffen wurde: Oh, man sollte ihn anklagen, weil er die Waffenlieferungen an die Ukraine verzögert, aber dann doch innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Zeitspanne verschickt hat. Aber das fällt inzwischen in ein Gedächtnisloch. Vielleicht verweile ich also in alten Zeiten, aber wer weiß. Für mich ist es immer noch verrückt.

AM: Das ist richtig. Und stellen Sie sich vor, man hätte sich so intensiv für das Minsker Abkommen eingesetzt, das Friedensabkommen zur Beendigung dieses Krieges. Stattdessen gab es einen parteiübergreifenden Konsens, der durch Adam Schiff illustriert wurde, der während des Anklageverfahrens gegen Trump im Senat aufstand und sagte, dass die Vereinigten Staaten der Ukraine und ihrem Volk helfen sollten, damit wir Russland dort bekämpfen können und nicht hier bekämpfen müssen. Adam Schiff verkündete also die überparteiliche Politik, dass wir die Ukraine zur Bekämpfung Russlands dort nutzen wollen. Und zwei Jahre später erhielten wir unser Ergebnis. Russland marschierte in die Ukraine ein, um den Kampf zu beenden. Ich habe das Dokument von Fred Fleitz gescannt, als er sprach, weil ich nachschauen wollte. Erwähnt er die Minsker Vereinbarungen? Den Pakt, der all dies hätte lösen können? Nein, das tut er nicht in diesem Artikel. Er erwähnt auch nicht, dass es in Istanbul im Frühjahr 2022, nach dem Einmarsch Russlands, wirklich ernsthafte Gespräche zwischen der Ukraine und Russland gab, und dass sie einer Einigung sehr nahe kamen. Aber jetzt wissen wir aus mehreren Quellen, dass Boris Johnson zu Selenskyj reist und ihm zu verstehen gibt, dass wir keine Unterstützung gewähren werden, wenn er ein Friedensabkommen mit Russland eingeht. Und die Ukraine war auf westliche Unterstützung angewiesen, weil sie Sicherheitsgarantien zur Untermauerung eines Friedens mit Russland brauchte. Und Boris Johnson hat im Grunde genommen den Marschbefehl gegeben: Tut uns leid, das werden wir euch nicht geben und ihr solltet weiter gegen Putin kämpfen. Und nun befinden wir uns hier, mehr als zwei Jahre später, mit Hunderttausenden von Toten, und keine der beiden politischen Parteien ist gewillt, die grundlegende Lösung dieses Problems zu verfolgen, die darin besteht, Diplomatie mit Russland zu suchen. Beide Parteien haben sich zusammengeschlossen, um diese zu untergraben und die Ukraine stattdessen für einen Stellvertreterkrieg zu benutzen. Und sie fördern dies, indem sie so tun, als verfolgten sie eine radikal unterschiedliche Politik, obwohl sie völlig mit der anderen Partei übereinstimmen.

MT: Ich bin froh, dass Sie Boris Johnson erwähnt haben, Aaron, denn ich möchte auf dem

Bildschirm zeigen, wie sich Boris Johnson und Donald Trump auf dem Parteitag der Republikaner in Milwaukee getroffen haben. Hier zeigen sie gut gelaunt ihre Daumen nach oben, und ich wäre bei diesem Treffen gerne dabei gewesen. Hier ist Boris Johnson auf dem Weg nach Milwaukee, Wisconsin, wo er, wie ich gehört habe, normalerweise seinen Sommerurlaub verbringt. Er war also gerade zufällig in der Gegend. Es war seltsam, denn auf dem Parteitag der Republikaner war eine seltsame Gruppe von britischen Politikern anwesend, und ich sah Liz Truss, die anderthalb Monate lang Premierministerin war, Nigel Farage, und man sagte uns, dass Boris Johnson ebenfalls anwesend war. Ich selbst habe Boris Johnson nicht gesehen, aber ich wünschte, ich hätte ihn gesehen, denn ich hätte mich gerne in seinem Glanz gesonnt. Daher möchte ich Ihnen eine Kolumne präsentieren, die Boris Johnson in der Daily Mail schrieb, nachdem er Trump in Milwaukee getroffen hatte. Boris Johnson ist „mehr denn je davon überzeugt, dass Trump die Kraft und den Mut hat, die Ukraine zu retten und diesen schrecklichen Krieg zu beenden“. Nachdem er diese Woche mit Trump gesprochen habe, sei er mehr denn je davon überzeugt, dass Trump die Kraft und den Mut habe, die Situation zu verbessern und die Ukraine zu retten. Er sagt: „Was auch immer einige andere Republikaner in der Vergangenheit über die Ukraine gesagt haben mögen, ich glaube, dass Trump die Realität versteht: dass eine Niederlage der Ukraine eine massive Niederlage für Amerika wäre. Es geht nicht nur um die Auslöschung von Freiheit und Demokratie, diesen amerikanischen Grundwerten, und die Versklavung des ukrainischen Volkes - obwohl das Ergebnis an sich schon schrecklich wäre. Trump könnte einfach so handeln, wie es für ihn naheliegend ist - das bürokratische Zaudern und die Verzögerung beenden; den Ukrainern die Genehmigungen geben, die sie brauchen; und dann, wenn Putin erneut zurückgedrängt worden ist, könnte er die Einigung anbieten“. Das ist also Johnson, der im Grunde das wiedergibt, was viele dieser anderen Leute in der America-First- Sphäre vorzuschlagen schienen, dass Trump sich verpflichten würde, wenn er wieder an der Macht ist, die Samthandschuhe auszuziehen, zumindest für eine gewisse Zeit, um der Ukraine die idealste Verhandlungsposition zu verschaffen, was übrigens funktionell dem entspricht, was die Biden-Administration zumindest immer als ihre Politik ausgegeben hat, wie Blinken und Sullivan und Leute, die nicht grundsätzlich gegen eine Verhandlungslösung sind, richtig? Sie sagen nur, dass wir den Ukrainern den größtmöglichen Einfluss geben müssen, wenn sie in eine bevorstehende oder künftige Verhandlungslösung eintreten, was voraussetzt, dass die Ukraine in die Lage versetzt wird, Russland in einem Großteil des von Russland eroberten Gebiets zurückzuschlagen. Aber das ist Boris Johnson, der jetzt in die Geschichte eingegangen ist, als derjenige, der nach Kiew gereist ist, und das war im April 2022, nicht wahr? Und dann überbrachte er, was als Botschaft im Namen der Biden-Administration an die Ukraine verstanden wurde, nämlich weiter zu kämpfen. Sie werden alles bekommen, was sie benötigen. Sie werden die volle Unterstützung der USA, des Vereinigten Königreichs und der EU haben, um den Krieg bis zum Ende zu führen und keine Zugeständnisse zu machen. Nun, vielleicht war die Ukraine zu diesem Zeitpunkt so radikalisiert, dass es für sie politisch fast unhaltbar gewesen wäre, die Vereinbarung zu akzeptieren, aber das ist schwer zu sagen. Erst vor kurzem haben wir zum ersten Mal so etwas wie den Entwurf des Istanbul Abkommens erhalten. Und ich denke, dass es Teile gab, in denen Russland möglicherweise einige maximalistische Forderungen einbrachte, die ebenfalls dazu beigetragen haben könnten, diese Verhandlungen zu untergraben. Aber es war ein Zusammentreffen mehrerer

Faktoren. Boris Johnson war vor Ort, überbrachte die Botschaft, und jetzt trifft er sich wieder fröhlich mit Trump. Sie zeigen gemeinsam die Daumen nach oben. Und jetzt möchte ich Ihnen noch Folgendes zeigen: Das ist Boris Johnson im Mai auf CNN. Er ist im amerikanischen Fernsehen und erzählt von Trumps Rolle bei der Verabschiedung des Gesetzes über die nationale Sicherheit, das 61 Milliarden Dollar für die Ukraine enthält. Lassen Sie uns das also abspielen.

Boris Johnson: Wer war es eigentlich, der den Ukrainern die Javelin-Panzerabwehrwaffen zur Verfügung gestellt hat, die bei der anfänglichen Verteidigung von Kiew so wichtig waren, als Putin glaubte, dass seine Panzer innerhalb weniger Tage anrollen und die ukrainische Hauptstadt einnehmen würden? Es war Donald Trump, der den Ukrainern diese Waffen gab. Und erinnern Sie sich daran, dass das Weiße Haus von Obama 2014 nicht wirklich viel zur Unterstützung der Ukraine unternommen hat. Das Paradoxe ist also, dass Donald Trump meiner Meinung nach eine gute Bilanz in Bezug auf die Ukraine vorweisen kann. Und als es um die 61 Milliarden für den Nachtragskredit ging und ich den Vereinigten Staaten von Amerika meine Anerkennung zollte, spielte Präsident Trump meines Erachtens eine sehr wichtige Rolle dabei, den Kongressmitgliedern zu versichern, dass dies eine vernünftige Maßnahme sei. Denn es war als Darlehen strukturiert, ähnlich wie das Lend-Lease-Darlehen an Großbritannien im Zweiten Weltkrieg. Und nach meinem Verständnis, und Sie haben Recht, habe ich natürlich mit Politikern in den Vereinigten Staaten über dieses Thema gesprochen, und ich möchte nicht auf die Details eingehen, aber nach meinem Verständnis war der Präsident in dieser Hinsicht sehr bedeutsam.

MT: Aaron, das ist also Boris Johnson, der sagt, dass Trump voll und ganz mit Boris' bevorzugter politischer Perspektive für die Ukraine übereinstimmt. Boris Johnson ist wahrscheinlich einer der messianischsten Interventionisten, in Bezug auf die Ukraine. Er feiert und preist Trump dafür, dass er die Ukraine zunächst 2017, 2018 bewaffnet hat, was auch stimmt. Trump hat das getan. Und jetzt trifft er sich mit Trump auf dem Parteitag der Republikaner und verkündet, dass Trump im Grunde wieder einmal mit Boris Johnson übereinstimmt, was den idealen politischen Ansatz für die Ukraine angeht. Und dennoch gibt es im Internet „America First“-Republikaner und auch kreischende MSNBC-Liberale, die das nicht begreifen können, und deshalb wird die Darstellung so unterdrückt, wie die realitätsbezogenere Darstellung von Trump einfach chronisch unterdrückt wird, weil sie den kurzfristigen politischen Interessen von niemandem dient, und deshalb wird sie einfach ignoriert. Und es ist die Aufgabe von Helden wie mir und Ihnen, Licht in die Sache zu bringen. Also ja, was halten Sie von der Beziehung zwischen Trump und Boris?

AM: Wie Sie dokumentiert haben, war Trump maßgeblich an der Bewilligung der zusätzlichen 60 Milliarden Dollar für die Finanzierung des Stellvertreterkriegs in der Ukraine beteiligt. Mike Johnson kam nach Mar-A-Lago, Trump gab ihm seinen Segen. Und Biden würdigte ihn nicht, aber Mitch McConnell schon. Und Boris Johnson hat es auch getan. Zur Wirksamkeit der Strategie: Das war die bisherige Politik. Erinnern Sie sich daran, dass vor einem Jahr im Sommer die so genannte Gegenoffensive der Ukraine begann, die das Ergebnis monatelanger intensiver Schulungen und Planungen war, an denen die führenden Militärs der

USA und Großbritanniens maßgeblich beteiligt waren, um die Militäroffensive der Ukraine zu planen. Dies sollte der große Wendepunkt sein. Die Ukraine wird dieses ganze Gebiet zurückerobert. Und was geschah? Es war ein massiver Fehlschlag. Tatsächlich hat die Ukraine in diesem Jahr einen Reinverlust an Territorium hinnehmen müssen. Die Vorstellung, dass eine neue Waffenlieferung und das Ausziehen der Handschuhe den ukrainischen Erfolg herbeiführen werden, ist also ein völliges Hirngespinnst. Dies war die Strategie, und sie hat dazu geführt, dass Russland etwa 20 % der Ukraine erobert hat. Und im Moment nimmt es sogar noch mehr ein. Der Grund dafür ist ganz einfach: Russland ist ein viel größeres Land und verfügt über einen viel fortschrittlicheren militärisch-industriellen Komplex als die Ukraine oder die USA, weil er stark staatlich integriert ist. Das beste Gegenargument dazu wurde bereits in...

MT: Außerdem hat sich Russland im Wesentlichen auf eine Kriegswirtschaft umgestellt. Ein großer Prozentsatz des BIP wird jetzt für die Verteidigung verwendet. Das ist zum Teil der Grund, warum die russische Wirtschaft sich viel besser entwickelt hat, als man aufgrund der Verhängung der Sanktionen gedacht hätte, weil man diese Infusion von Staatsausgaben in den militärisch-industriellen Sektor im Stil des Zweiten Weltkriegs hat, die eine Art Stimulanz darstellt und dann auf andere Elemente der Wirtschaft übergreift.

AM: Genau. Ein weiteres Ergebnis der genialen Biden-Strategie, bei der Biden damit prahlte, dass der Rubel in den Ruin getrieben werden würde. Und inzwischen wächst Russlands Wirtschaft stärker als die vieler europäischer Staaten. Aber wie ich schon sagte, hat jemand 2015 ein sehr gutes Gegenargument zu dieser Behauptung vorgebracht, die Bewaffnung der Ukraine könne sie in eine bessere Position zur Rückeroberung ihres Territoriums bringen. Das war das Zitat: „Wenn man in der Ukraine auf den militärischen Zug aufspringt, spielt man Russlands Stärke aus, denn Russland ist gleich nebenan“. Es verfügt über eine riesige Menge an militärischer Ausrüstung und Streitkräften direkt an der Grenze. Alles, was wir als Länder in Bezug auf die militärische Unterstützung der Ukraine tun, wird von Russland wahrscheinlich verdoppelt, verdreifacht und vervierfacht. Wer hat das gesagt? Antony Blinken, damals, als er für Barack Obama arbeitete und Obama nach der Unterstützung des Putsches im Jahr 2014, mit dem all dies begann, kalte Füße bekam. Denn er erkannte, dass er einen wirklich gefährlichen Stellvertreterkrieg anheizte. Und er war auch besorgt darüber, dass einige der Waffen an die Neonazi-Milizen gelangen würden, die in das ukrainische Militär integriert sind. Blinken hat also ein, wie ich finde, sehr überzeugendes Argument vorgebracht, dass es, abgesehen von der moralischen Frage, ob ein Stellvertreterkrieg mit Russland und der Ukraine klug ist, aus strategischer Sicht ein Irrweg ist, weil Russland einfach so viel größer ist und, wie Blinken sagte, alles, was die USA tun, verdoppeln, verdreifachen und vervierfachen kann. Und deshalb gab es immer die Möglichkeit der Diplomatie. Es gab die Minsker Vereinbarungen, die untergraben wurden, bevor Russland einmarschierte, und zu Johnsons Behauptung, dass Trumps Javelins Russland von der Einnahme Kiews abhielten, ist zu sagen, dass die Größe der russischen Streitkräfte, die in die Ukraine einmarschierten, meiner Meinung nach nicht ausreichte, um Kiew einzunehmen. Ich glaube nicht, dass Russland jemals ernsthaft versucht hat, Kiew einzunehmen. Ich glaube, der Sinn des russischen Einmarsches war das Erzwingen der Diplomatie, zu der die Ukraine sich

weigerte, indem sie die Umsetzung des Minsker Abkommens verweigerte. Und deshalb trafen sich schon wenige Tage nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine und dem sofortigen Einlenken Russlands, etwa drei oder vier Tage später, ukrainische und russische Verhandlungsführer in Belarus. Dies eskalierte zu den Friedensgesprächen in Istanbul. Und sehen Sie, Sie müssen sich nicht auf mein Wort verlassen. Ein hochrangiger ukrainischer Verhandlungsführer sagte, man habe einen echten Kompromiss erzielt. Er behauptete, Putin habe alles getan, um Frieden zu schließen. Ein anderer ukrainischer Verhandlungsführer sagte, dass die zentrale Forderung Russlands die Neutralität der Ukraine sei und dass sie nicht der NATO beitreten solle, was wiederum keine radikale Forderung sei. Die USA betrachten dies als einen Akt der Beschwichtigung, während die Neutralität in der Erklärung der staatlichen Souveränität der Ukraine von 1990 verankert ist. Die russische Forderung war also keine radikale Forderung des Kremls. Sie war sogar in den Gründungsdokumenten der Ukraine verankert. Diejenigen, die dies ablehnen, sind Neocons in Washington aus beiden Parteien, die eine Gelegenheit zur Nutzung der Ukraine sehen, um Russland auszubluten, und eine sehr kleine, aber mächtige Minderheit in der Ukraine, die Ultrationalisten, wie das Asow-Bataillon, die die Rechte der Menschen in der Ukraine nicht akzeptieren wollen, die sich mit Russland identifizieren, die Russisch sprechen wollen, die sich auf die russische Kultur berufen, die sich vor allem im Donbas konzentrieren, und die sich durch einen von den USA unterstützten Putsch im Jahr 2014 entrechtet fühlten, der den von ihnen gewählten Präsidenten Janukowitsch stürzte, der im Osten überwältigende Unterstützung hatte. Und interessanterweise sagt Boris Johnson in dem von Ihnen zitierten Artikel in der Daily Mail, dass es im Rahmen eines neuen Friedensabkommens eine Art von Entgegenkommen geben sollte, um die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung innerhalb der Ukraine zu schützen. Damit räumt er stillschweigend ein, dass die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine verletzt wurden, wenn er jetzt sagt, dass sie geschützt werden sollten. Das war ein weiterer wichtiger Grund für den Beginn dieses Konflikts. Der Punkt ist also, dass es Möglichkeiten für Diplomatie gibt. Die gab es bereits. Ob Russland sich jetzt darauf einlässt, weiß ich nicht. Die Gelegenheit könnte vertan sein, aber es ist sicherlich ein völliges Hirngespinnst zu glauben, dass eine weitere Fortsetzung der gleichen Politik, nämlich die Ukraine zu benutzen, um Russland ausbluten zu lassen, und die Bevölkerung als Kanonenfutter zu benutzen, zu irgendetwas Positivem führen wird, insbesondere für die Menschen in der Ukraine.

MT: Genau. Aaron, ich weiß, dass Sie sich als überzeugter America-First-Republikaner bezeichnen. Deshalb möchte ich Sie bitten, mir zu erklären, was Sie von dieser derzeitigen bizarren Dynamik halten, bei der sich heutzutage jeder in der Republikanischen Partei zumindest nominell mit dem Konzept oder dem Slogan „America First“ identifizieren muss, richtig? Denn jeder muss sich mit dem Trump-Branding identifizieren, und das ist ein Teil des Trump-Brandings. Auf dem Parteitag der Republikaner in der letzten Woche wurde bei jedem Interview mit einem Republikaner, etwa einem Kongressmitglied, unausgesprochen vorausgesetzt, dass er America First verteidigen oder den Wert dieses Begriffs erläutern muss, weil er offensichtlich den republikanischen Kandidaten unterstützt. Ich meine, Trump ist so etwas wie der große König der Republikanischen Partei, das ist derzeit unbestritten. Man kann also nicht wirklich von seiner bevorzugten Terminologie abweichen. Aber was

wirklich eindeutig zu sein scheint, ist, dass America First unglaublich variabel ist. Es gibt keine wirklichen Grenzen für die Bedeutung dieses Begriffs. Man kann sich unter dem Begriff America First einfach alles aneignen, was man will. Und niemand kann einem wirklich widersprechen, denn wer bestimmt, was America First ist? Niemand. Es ist einfach etwas, das man projizieren kann. Denn was wollen Sie sagen, wenn Sie „America Second“ sagen? Nein. Jedem gefällt der Gedanke, dass Amerika an erster Stelle steht, selbst wenn das bedeutet, dass man seinen Willen mit militärischer und wirtschaftlicher Gewalt überall auf der Welt durchsetzen muss. Theoretisch könnte das America First sein. Und so haben alle, mit denen ich auf dem Parteitag der Republikaner oder sogar mit Fred Fleitz heute Abend gesprochen habe, diese Vorstellung von Amerika First, welche nahtlos das von ihnen bevorzugte militärische Abenteuerum, ihre strafende Sanktionspolitik, ihre aggressive amerikanische Politikmaßnahme einschließt. Das alles fällt möglicherweise unter die Rubrik America First. Ich frage mich also, was Sie derzeit von dieser Dynamik halten.

AM: Ihre Interviews vom RNC waren faszinierend, denn vor allem die religiöse Komponente zieht sich wie ein roter Faden durch die Interviews, insbesondere wenn Sie über Israel sprechen. All diese Leute glauben wirklich, dass es eine Art göttliche Notwendigkeit gibt, dass Gott im Grunde genommen eine unbegrenzte militärische Unterstützung Israels von uns verlangt hat und dass es so etwas wie einen göttlichen Auftrag dafür gibt. Der religiöse Extremismus der so genannten America-First-Anhänger, wie er in Ihren Interviews mit ihnen zum Ausdruck kommt, ist einfach unglaublich. Es war verblüffend, dies in einem Interview nach dem anderen zu hören. Und das ist vermutlich auch der Grund, warum sie Netanjahu Dutzende von Standing Ovationen zuteil werden lassen. Ich meine, sie beten dieses fremde Land an, während sie sich selbst als American First-Anhänger bezeichnen. Und sie reden auch davon, dass sie christliche Werte hochhalten, indem sie einen Staat bewaffnen, der Massenmord begeht. Und sie begehen all diese Taten, von denen ich nicht glaube, dass Jesus sie gutheißen würde.

MT: Der Punkt ist, wie sie es beschreiben würden oder wie sie ihre Argumentation erklären würden, dass sie Israel nicht einmal als ein fremdes Land betrachten, sondern eher als eine Erweiterung der Vereinigten Staaten, mit denen sie dieses gemeinsame göttliche Mandat teilen. Ich übertreibe nicht einmal. Das ist es, was sie glauben. Denn die Vereinigten Staaten und Israel gründen sich auf dieselben jüdisch-christlichen Werte, beide sind das Bollwerk gegen das Vordringen des Islamismus in der ganzen Welt. Und sie verteidigen gemeinsame Werte und haben ein gemeinsames Schicksal. Denn viele dieser Leute glauben schlicht und ergreifend, dass die Vereinigten Staaten Israel verteidigen müssen, damit es ein zweites Kommen Christi geben kann, denn Jerusalem ist der Ort, an den Christus zurückkehren wird, um über die Erde zu herrschen. Es handelt sich also um eine weitreichende theokratische Vision, die meines Erachtens in den Leitmedien nicht genügend Beachtung findet. Man braucht sie nur danach zu fragen. Sie sind gerne bereit, darüber zu reden, wie Sie in meinen Interviews gesehen haben, oder? Und es ist eine ziemlich offensichtliche und spürbare Triebkraft ihrer Weltanschauung in diesem Bereich.

AM: Wenn sie darauf setzen, dass Israel die Apokalypse oder das Armageddon oder die Entrückung beschleunigt, dann kann ich das verstehen, denn Israel ist für mich ein so verrückter Staat, der Massenmord begeht, der bis an die Zähne mit Atomwaffen bewaffnet ist und der seine Nachbarn ständig bedroht und angreift. Heute gibt es in Israel Unruhen von Menschen, die versuchen, das Recht israelischer Soldaten zu verteidigen, palästinensische Gefangene zu vergewaltigen und sexuell zu missbrauchen. Der Extremismus ist unübersehbar. Aus der Sicht von jemandem, der das Armageddon herbeiführen will, kann ich also verstehen, warum man Israel im Fokus hat, denn es ist eine Art Armageddon-Staat. Aber wenn es um die Frage geht, inwiefern es den gewöhnlichen Amerikanern nützt, all dies zu finanzieren, dann würde ich gerne mal jemanden sehen, der dieses Argument vorbringt. Auch hier müssen sie sich auf die biblische Prophezeiung berufen, an die sie glauben. Und es ist einfach schockierend, das zu hören. Ich danke Ihnen für die Interviews, die Sie geführt haben, denn sie haben das wirklich zum Vorschein gebracht. Und ich möchte noch etwas über die Ukraine sagen. Denken Sie für die Republikaner aus einem parteiischen Blickwinkel. Ukrainische Beamte haben sich in die Wahl 2016 eingemischt, um Trump zu untergraben, weil sie befürchteten, dass Trump ein Abkommen mit Russland schließen und den Krieg im Donbass beenden würde. Zudem würde die Ostukraine Russisch sprechen und ein gewisses Maß an Autonomie erhalten, was in den Minsker Vereinbarungen gefordert wurde. Ukrainische Beamte haben sich also tatsächlich in die Wahl eingemischt. Sie ließen, wie ich glaube, gefälschte Behauptungen über Paul Manafort verbreiten, damit er gefeuert wurde, was auch gelang. Und dann erfuhren wir kürzlich von der New York Times in diesem langen Artikel über all diese CIA-Stützpunkte, die seit 2014 in der Ukraine aufgebaut wurden, dass der ukrainische Geheimdienst eine zentrale Rolle bei der Erstellung der russischen Hacking-Behauptungen spielte, die den Kern von Russiagate bildeten. Und dann gab es natürlich auch noch Trumps erstes Anklageverfahren, bei dem es um die Ukraine ging. Aus parteipolitischer Sicht wurde die Ukraine also benutzt, um Trump zu untergraben und seine Präsidentschaft zu behindern. Dennoch stellen sich Trump und seine Verbündeten unter dem Namen America First bereit, den Stellvertreterkrieg in der Ukraine zu schüren und eine sehr ähnliche Politik wie die Demokraten zu verfolgen.

MT: Letztendlich denke ich, dass die Erhaltung und der Ausbau der amerikanischen Vorrangstellung für die „America First“-Anhänger von größter Bedeutung ist, richtig? Das ist die vorherrschende Ideologie der beiden Parteien. Und sie haben rhetorische oder andere image-bezogene Unterschiede in der Art und Weise, wie sie es präsentieren. Aber wirkt Trump auf Sie wie jemand, der die amerikanische Macht aufgeben will? Da die Ukraine als Quelle amerikanischer Macht in Osteuropa fungiert, um sie gegen Russland oder wo auch immer einzusetzen, glaube ich, dass es schwierig ist, Trump als jemanden zu sehen, der bereit ist, freiwillig darüber hinwegzugehen. Das ist auch der Grund, warum ich die liberale historische Kritik an Trump so schwachsinnig finde: Er wird die liberale internationale Ordnung zerstören, oder die auf Regeln basierende internationale Ordnung wird unter Trump zusammenbrechen; das ist wie die Kritik der Denkfabrik von David Frum: Er wird die NATO sabotieren. Aber warum sollte Trump die NATO sabotieren? Er reduziert also seine wirtschaftliche und militärische Macht auf der internationalen Bühne, um die Privatsphäre der Amerikaner zu fördern?! Erscheint Ihnen das nicht als etwas, das Trump intuitiv zusagt,

nämlich weniger Macht zu haben? Das hat nie einen Sinn ergeben.

AM: Nichts in Trumps Werdegang deutet darauf hin, dass er die Hegemonie der USA untergraben würde. Er hat sie vorangetrieben, indem er, wie wir bereits erwähnt haben, aus den Rüstungskontrollverträgen mit Russland ausgestiegen ist und Waffen in die Ukraine geliefert hat, die Obama nicht liefern wollte. Und nur um ihn in Schach zu halten, wurde er als russischer Agent bezeichnet. Und deshalb erlebten wir Russiagate. Eine wesentliche Funktion von Russiagate war es, alle möglichen diplomatischen Neigungen Trumps gegenüber Russland einzuschränken, denn manchmal sprach er von einer Zusammenarbeit mit Russland. Und ich glaube, allein die Tatsache, dass Trump dies laut ausgesprochen hat, brachte so viele Beamte der nationalen Sicherheitsbehörden in Aufruhr, die es einfach nicht tolerieren konnten, dass ein Präsident möglicherweise über die Zusammenarbeit mit Russland und den Friedensschluss mit Russland spricht. Um sicherzugehen, beteiligten sie sich also an dieser mehrjährigen Kampagne, um ihn als russischen Agenten hinzustellen, was ihn erfolgreich in Schach hielt. Ich weiß nicht, was in seinem Kopf vorgeht. Manchmal spricht er einfach die Wahrheit aus. Er spricht darüber, dass auch wir Menschen töten, was Liberale wie David Frum wirklich verärgert hat; als Trump es wagte zu sagen, dass Putin nicht der einzige ist, der Menschen tötet, und dass auch wir Mörder sind. Sie lehnen Trump also ab, nicht wegen seiner politischen Differenzen, sondern weil er manchmal mit der Wahrheit herausplatzt und schwer zu bändigen ist, und sie halten ihn nicht für einen geeigneten Verwalter der US-Kriegsmaschinerie. Deshalb gab es Betrügereien wie Russiagate, um sicherzustellen, dass er gefügig bleibt. Und ich denke, das ist auch gelungen.

MT: Okay, Aaron, gibt es irgendetwas, das du außer deinem umwerfenden Gesicht noch anpreisen möchtest, während wir hier zum Schluss kommen?

AM: Ich möchte für die Bemühungen von System Update werben, Michael Tracy als ständigen Gastgeber zu installieren. Und auch mein Podcast, Useful Idiots, mit Katie Halper und thegrayzone.com, wo ich regelmäßig Beiträge mit Max Blumenthal veröffentliche.

MT: Aaron, mein einziges Rätsel an dieser Stelle ist zu identifizieren, wer die Nancy Pelosi in diesem Entlassungsszenario sein würde. Sie war diejenige, die hinter den Kulissen arbeitete, um Joe zum Rücktritt zu zwingen.

AM: Genau.

MT: Und ich kann nicht einschätzen, wer Nancy Pelosi sein könnte. Vielleicht Sie, vielleicht Lee Fang, vielleicht wie Donald Trump Jr.

AM: Wenn wir Tucker Carlson aufführen...

MT: Ja, das wäre gut...

AM: Angeblich ist er ziemlich einflussreich.

MT: Das ist ein plausibler Vorschlag. Ich werde ein paar Nachrichten verschicken und versuchen, herauszufinden, wer der feige, politische Betrüger sein könnte, der mich installiert und die Macht über Glenn ergreift. Vielleicht lassen wir ihn sogar seinen Pass annullieren oder so, damit er nicht nach Brasilien zurückkehren kann.

AM: Dafür gibt es einen Präzedenzfall. Sie wissen schon, mit dem Fall Snowden.

MT: Das wollte ich gerade sagen.

AM: Natürlich.

MT: Geben wir ihm eine Kostprobe seiner eigenen Medizin.

AM: Ja, genau.

MT: Nun gut. Aaron Maté, vielen Dank für Ihre Teilnahme, wie immer. Und wir sprechen uns bald wieder.

Glenn Greenwald: Danke, dass Sie sich diesen Clip von System Update angesehen haben, unserer Live-Show, die jeden Montag bis Freitag um 19 Uhr exklusiv auf Rumble ausgestrahlt wird. Sie können die kompletten nächtlichen Sendungen live sehen oder sich den Bestand an Episoden kostenlos auf unserer Rumble-Seite ansehen. Außerdem finden Sie die vollständigen Episoden am Morgen nach der Ausstrahlung auf allen wichtigen Podcasting-Plattformen, einschließlich Spotify und Apple. Alle Informationen, die Sie benötigen, sind unten verlinkt. Wir hoffen, Sie dort begrüßen zu dürfen.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:
Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:
E-Mail: PayPal@acTVism.org

PATREON:
<https://www.patreon.com/acTVism>

BETTERPLACE:
Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org